Haushaltsreden der Fraktionen des Walzbachtaler Gemeinderats 2025

Haushaltsrede 2025 der CDU- Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Özcan,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde,
liebe Gemeinderatskolleginnen und Gemeinderatskollegen,
werte Mitbürgerinnen und Mitbürger von Walzbachtal,

Das Jahr 2024 war erneut geprägt von globalen und nationalen Krisen, welche unter anderem zu wirtschaftlicher Unsicherheit führten. Hinzu kamen weltweit Naturereignisse, die viele Menschenleben forderten und immense Schäden verursachten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands ist im zweiten Jahr in Folge gesunken. Einen Rückgang des jährlichen Bruttoinlandsprodukts hat es in der Geschichte der Bundesrepublik erst sechs Mal gegeben. Die Wirtschaftskrise zeigt sich vor allem in der Automobilindustrie, was sich auch bei den Zulieferern bemerkbar macht. Stellvertretend für Walzbachtal sei hier die Firma Prefag genannt.
Aber auch die Bauwirtschaft verzeichnet Einbußen durch rückläufige Baugenehmigungen, hohe Energiekosten und leere Kassen der öffentlichen Bauträger. Stellvertretend für Walzbachtal sei hier die Firma Opterra als Zementlieferant genannt.
Die beiden genannten Unternehmen zählen zu den größeren Steuerzahlern in unserer Gemeinde und spielen eine bedeutende Rolle für unseren Haushalt und die wirtschaftliche Situation in der Region. Als Gemeinderäte und Rathaus sehen wir es als unsere Aufgabe, die Perspektive zu erweitern um zu verstehen, welche Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen diese Unternehmen und natürlich auch alle anderen benötigen, um ihren Standort in Walzbachtal langfristig zu sichern und weiterhin für Kapitalgeber und Fachkräfte attraktiv zu bleiben.

Wenn Sie erlauben, würde ich gerne die Situation in Zahlen benennen: Die Gemeinde Walzbachtal verzeichnet von 2023 bis 2025 einen Rückgang von etwa 2,8 Mio. € an Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer gehört neben dem Einkommenssteueranteil der Bürgerinnen und Bürger und der Schlüsselzuweisung zu den größten Einkommensarten der Gemeinde.
Trotz rückläufiger Gewerbesteuereinnahmen ist die Gemeinde in der Pflicht, den Gewerbesteuerumlagesatz von 35 % beizubehalten. Wir möchten daher unseren Bürgermeister bitten, sich mit anderen Bürgermeistern in den Gremien Kreistag und Gemeindetag dafür einzusetzen, dass der Gewerbesteuerumlagesatz von 35 % auf 30 % reduziert wird, insbesondere, da eine Erhöhung der Kreisumlage in Diskussion steht.
Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir weiterhin konstruktiv mit den Unternehmen zusammenarbeiten, um Entwicklungskonzepte zu erörtern und zu verfeinern. Dies betrifft insbesondere das Zementwerk und die Erweiterung des Steinbruchs, die

für die zukünftigen Investitionen in die Dekarbonisierung und für die Standortsicherung von existenzieller Bedeutung sind, sowie den nun schon lang ausstehenden Baubeginn der Prefag am Hafnersgrund.

Weitere Transferaufwendungen, die die Gemeinde nach einem festen prozentualen Satz bezahlen muss, sind

- die Kreisumlage,
- laufende Zuweisungen an Gemeinden,
- Zuweisungen an Zweckverbände,
- ÖPNV-Finanzierung,
- Zuweisungen und Zuschüsse an Vereine oder sonstige Einrichtungen
- Betriebskostenumlagen an die kirchlichen Träger der Kindergärten

Diese Kosten lagen in 2023 bei etwa 9,6 Mio. € und steigen bis 2028 um etwa 3,8 Mio. € auf etwa 13,4 Mio. € an.

Die Steigerung von 3,8 Mio. € lässt sich größtenteils, nämlich zu einem Betrag von rund 2,3 Mio. €, auf die Kreisumlage zurückführen. Die Kreisumlage beträgt derzeit 27,5 % der Steuerkraftsumme und soll nach derzeitigem Stand auf 32 % erhöht werden. Unser Bürgermeister, der auch im Kreistag sitzt, kann dazu sicherlich mehr sagen. Der Landkreis Karlsruhe erwartet allerdings alleine durch das Bundesteilhabegesetz einen Mehraufwand in 2025 von etwa 30 Mio. €. Damit wären die erhöhten Einnahmen des Landkreises bereits wieder aufgebraucht. Wir sehen es daher als nicht richtig an, dass der Landkreis sich einen Teil des Mehraufwands durch die Kommunen finanzieren lässt.

Wir möchten daher unseren Bürgermeister bitten, sich in den entsprechenden Gremien im Kreisrat dafür einzusetzen, die Kreisumlage in der geplanten Höhe zu hinterfragen und angesichts der Haushaltslage in den Kommunen eher auf eine Reduzierung hinzuwirken. Eine Erhöhung würde die Gemeinde Walzbachtal beschleunigt in die Überschuldung führen.

Darüber hinaus sind weitere Aufwendungen für Personal, Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen. Diese sind von 2023 bis Plan 2025 um 5 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Tariferhöhungen zurückzuführen. Gleichzeitig ist eine Neuverschuldung von fast 6,6 Mio. € im gleichen Zeitraum zu verzeichnen. Die ordentlichen Erträge sinken um 6,7 Mio. €. Die liquiden Mittel verringern sich um 9,5 Mio. €. Die Steuerkraft sinkt um 4,8 Mio. €. Die Zuweisungen sind zwar rückläufig und sinken um etwa 900 T€. Die Steigerung der Steuereinnahmen von etwa 2 Mio. € ist unserer Ansicht nach auf die Annahme steigender Einkommen der Bürgerinnen und Bürger begründet, was wir in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, zunehmender Kurzarbeiten und Insolvenzen als einen zu optimistischen Ansatz betrachten. Das Eigenkapital von etwa 35 Mio. € wird voraussichtlich im Jahr 2029 erschöpft sein, was zu einer Überschuldung der Gemeinde führen könnte. Dies könnte unter Umständen dazu führen,

dass die §§ 120 ff. der Gemeindeordnung Baden-Württemberg Anwendung finden, wobei das Landratsamt als Rechtsaufsichtbehörde die Entscheidungen übernimmt.
Die Gemeinde darf dann nur noch Ausgaben leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist. Gleichzeitig sehen wir uns mit einer Einschränkung der Zuständigkeiten und Kompetenzen des Rathauses konfrontiert, da im worst-case die Rechtsaufsichtsbehörde einen Beauftragten bestellen kann, der die Finanzgeschäfte übernimmt. Das bedeutet, dass ab 2029 eine erhebliche Reduzierung oder gar ein Entfall von Freiwilligenleistungen wie der Vereinsförderung durch das Landratsamt zu erwarten ist. Die Umsetzung von Projekten ist nur möglich, wenn sie der Bestandserhaltung oder Pflichtaufgaben dienen. Die Schaffung neuer Stellen oder die Neubesetzung vakanter Stellen ist in der Situation dann leider nicht möglich. Auch Beförderungen in eine höhere Entgeltstufe oder Gruppe sind stark eingeschränkt.

Dennoch haben wir, wie in unserem Kommunalwahlprogramm versprochen, die Aufkommensneutralität durch die Änderung der Grundsteuer unterstützt, da wir die Auswirkungen erstmal verstehen und bewerten müssen. Auch wenn es für einige wenige eine signifikante Erhöhung der Grundsteuerabgabe gab, profitiert ein Großteil der Walzbachtaler Eigentümer durch eine lediglich moderate Erhöhung bzw. durch eine Reduzierung der Grundsteuerabgaben.

Für die Vereine könnte es in den nächsten Jahren eine größere Herausforderung bedeuten, da neben den gestiegenen Kosten für Wasser/Abwasser und Strom/Wärme ab 2029 auch die Vereinszuschüsse in der Zukunft nicht gesichert sind. Wir möchten die Vereine höflich bitten, sich bereits heute mit dem Thema der Kompensation auseinanderzusetzen und Konzepte zu erarbeiten.

Wir möchten jedoch das Rathaus und alle Fraktionen daran erinnern, dass wir im kommunalen Wettbewerb mit anderen Gemeinden stehen. Jeder buhlt um gute Unternehmen, die Gewerbesteuer bringen, oder um einkommensstarke Bürgerinnen und Bürger, die den Einkommensteueranteil hochhalten. Eine lokal begrenzte, signifikante Gewerbe- und Grundsteuererhöhung in Walzbachtal könnte daher möglicherweise nicht zielführend sein, da diese Zielgruppen abwandern bzw. sich nicht für Walzbachtal entscheiden werden, es sei denn die infrastrukturellen Voraussetzungen sind weiterhin ungeschlagen.

Trotz der Herausforderungen, die zu bewältigen sind, bieten sich der Gemeinde mit den anstehenden Großprojekten Chancen, die es zu nutzen gilt. Die Umsetzung mancher Projekte ist trotz der angespannten Kassenlage eine Pflichtaufgabe der Gemeinde.

Die Realisierung der B293 sowie die ausgewiesenen Flächen für Windkraftanlagen in Walzbachtal und am Heuberg könnten eine gute Gelegenheit sein, entsprechende Gewerbeflächen zu entwickeln und eine Energiegenossenschaft im Rahmen eines Public-Private-Partnerships im Sinne einer Zweckgemeinschaft zu gründen. Ziel von PPP ist die Arbeitsteilung, wobei der private Partner die Verantwortung für die

effiziente Erstellung der Leistung übernimmt, während die öffentliche Hand dafür Sorge trägt, dass gemeinwohlorientierte Ziele beachtet werden. Die Gemeinde könnte von einer Partnerschaft mit der privaten Wirtschaft eine Entlastung der angespannten öffentlichen Haushalte erwarten, da der private Unternehmer die Finanzierung ganz oder teilweise selbst besorgt und daher auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes achten muss.

Der zweigleisige Ausbau der S4 wird voraussichtlich zu erheblichen Einschränkungen in der Zuverlässigkeit des ÖPNV in den nächsten Jahren führen, bis die Bauarbeiten abgeschlossen sind und der ordnungsgemäße Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Wir möchten das Rathaus höflich bitten, sich beim Regierungspräsidium dafür einzusetzen, dass die Bauarbeiten an den Gleisen sowie an der B293 gut gegenseitig koordiniert werden. So können große Einschränkungen und ein Verkehrschaos vermieden werden.

Die CDU setzt sich für den zweigleisigen Ausbau des Jöhlinger Tunnels ein, da dieser ansonsten als Nadelöhr gilt. Ein zweigleisiger Ausbau ohne den Tunnelausbau wäre nicht optimal.

Die Insolvenz des Betreibers und Investors Orpea hat die Entwicklung eines Seniorenwohnheims am Gageneck in Jöhlingen vorübergehend zum Stillstand gebracht.

Die Entwicklung eines neuen Feuerwehrhauses in Jöhlingen, das den gesetzlichen Vorgaben entspricht, ist eine weitere wichtige Aufgabe.

Die Infrastruktur, wie zum Beispiel der Straßenzustand und Wasserrohrbrüche, sind Themen, die uns weiterhin beschäftigen werden.

Ab dem Schuljahr 2025/2026 besteht für die ersten Klassen der Anspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen. Dies bedeutet neben dem zusätzlichen Personalaufwand auch die räumliche Bereitstellung und Anpassung für die Angebote und für eine Mensa. Parallel dazu wird der Hortbetrieb schrittweise als freiwillige Leistung reduziert, was allerdings aufgrund der neuen Pflichtaufgabe keine finanzielle Einsparung bringt.

Das Ablaufdatum der wasserrechtlichen Genehmigung des Klärwerkes im Abwasserzweckverband Ende 2026 erfordert eine neue Genehmigung und einige technische Erneuerungen, um den kommenden gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Wie in der Einwohnerversammlung bereits mitgeteilt, wird die Investitionssumme auf etwa 25 Mio. € geschätzt. Diese wird von den Gemeinden Weingarten und Walzbachtal getragen, was erwartungsgemäß eine weitere Erhöhung der Abwassergebühren zur Folge haben kann.

Angesichts der ohnehin angespannten Haushaltslage und der bevorstehenden Investitionen sollten wir uns daher intensiver damit beschäftigen, wie wir mit einer

angemessenen Amortisationszeit in Energieeffizienz- und erneuerbare Energien investieren können, um die Ziele des Klimaschutzes voranzutreiben und auch Kosten zu senken (zu nennen sind hier die Themen: Fernwärme in Walzbachtal, PV- und Heizungssysteme in gemeindeeigenen Immobilien und wirtschaftliche Partnerschaften, beispielsweise beim Betrieb von Windkraft- oder PV-Anlagen).

Wir möchten daher die Bundes- und Landesregierung höflich darauf aufmerksam machen, dass bei der Übertragung von Aufgaben an die Kommunen durch den Bund oder das Land auch eine vollständige Finanzierung durch den Bund oder das Land nach dem Konnexitätsprinzip erfolgen sollte. Dies würde den Kommunen den notwendigen Spielraum ermöglichen und ihre Entwicklung fördern. Dies betrifft beispielsweise die Unterbringung von Flüchtlingen, den Anspruch auf einen Kindergartenplatz oder die nun kommende Ganztagsbetreuung.

Das Konnexitätsprinzip ist ein Grundsatz des deutschen Staatsrechts, der in Artikel 104a Grundgesetz (GG) verankert ist. Es besagt, dass die Wahrnehmung von Aufgaben und die Verantwortung für die Finanzierung in der Regel miteinander verbunden sind. In der Praxis bedeutet dies, dass die jeweilige Ebene im föderalistischen Staat, der die Wahrnehmung einer bestimmten Aufgabe innehat, auch für die damit verbundene Finanzierung verantwortlich ist. Um es umgangssprachlichen auszudrücken: Wer die Musik bestellt, der bezahlt.

Im Jahr 2023 wurden in Deutschland insgesamt etwa 916 Mrd. € Steuern vor der Steuerverteilung von Bund, Ländern und Gemeinden eingenommen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung um 20 Mrd. €.
Die Städte und Gemeinden haben 144 Mrd. € zugewiesen bekommen, was einem Anstieg von etwa 7 % entspricht. Dennoch ist festzustellen, dass die Zuweisungen die Kosten für Pflichtaufgaben nicht vollständig decken können, da diese durch Tariferhöhungen und steigende Energiepreise gestiegen sind.

Ein Beispiel, das wir gerne anführen, ist der Kindergarten. In Walzbachtal werden zwei Kindertagesstätten mit einem kirchlichen Träger und vier kommunalen Kitas betrieben. Mit dem gesetzlich verankerten und verbindlichen Anspruch auf einen Kitaplatz sieht sich die Gemeinde in der Pflicht, die entsprechenden Räumlichkeiten bereitzustellen und sich der Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Bei geburtenschwachen Jahrgängen kommt es zu einer Überkapazität, die mit nahezu gleichbleibenden Betriebskosten einhergeht. Der Betreuungsschlüssel ist festgelegt, was auch die Anzahl der ErzieherInnen bestimmt. Hohe gesetzliche Standards und Vorschriften, wie beispielsweise die Installation und der Betrieb einer Küche oder Toiletten, können die Baukosten zusätzlich beeinflussen. Die Gebühren, die von den Eltern getragen werden, decken die Gesamtkosten für den Betrieb der Kita nur zu etwa 16 %. Ein weiterer Teil wird durch eine Zuweisung von etwa 2,5 Mio. € durch das Land gedeckt. Dennoch bleibt eine große Differenz, die durch die Gemeinde Walzbachtal zu tragen ist. Steigende Tarifabschlüsse für die ErzieherInnen sowie steigende Energie- und Beschaffungskosten

erschweren die Situation zusätzlich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir an unsere eigene Qualität hohe Ansprüche stellen.

Mit Blick auf das Rathaus möchten wir höflich die Bitte aussprechen, im Finanzmanagement mehr Sensibilität zu zeigen und wirtschaftlich zu denken, wenn es um Kosten, Nutzen und Einsparungspotenzial geht.

Wir möchten hier die Gelegenheit nutzen, um aufzuzeigen, was wir seitens der CDU in 2024 auch mit Blick auf den kommunalen Haushalt erreicht haben und erreichen wollten:

- Wir haben im März einen Antrag gestellt, der den Anstoß geben soll, den vorhandenen Leerstand von 185 Wohneinheiten zu erfassen und zu aktivieren. Dies ist ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt, da es uns darum geht, die Situation der Wohnraumknappheit in unserer Gemeinde gemeinsam zu lösen. Die Eigentümer haben die Möglichkeit, sich freiwillig beraten zu lassen, wie sie ihren Leerstand oder ihre zu große Wohneinheit in den Markt einbringen können, sofern sie dies wünschen. Jedes Wohngebiet, welches nicht erschlossen werden muss, spart Fläche und Kosten. Das Rathaus möchte dazu im Jahr 2025 Informationsveranstaltungen anbieten. Wir stehen gerne unterstützend bereit.
- Wie im Kommunalwahlkampf versprochen, haben wir die Anpassung des Grundsteuer-Hebesatzes unterstützt, mit dem Ziel der Aufkommensneutralität zum Beginn.
- Bezüglich der Landwirte haben wir folgenden Antrag eingebracht. Die Obmänner der Landwirte könnten in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung über die landwirtschaftlichen Aktivitäten berichten. Denn den wenigsten ist der Aufgabenbereich, die Herausforderungen und die Bedeutung für die Gemeinde insgesamt bewusst. Ebenso ist es uns ein Anliegen, auf die Tätigkeiten der Landwirte aufmerksam zu machen, die in den Aufgabenbereich der Gemeinde fallen und somit auch zu ihren Kosten beitragen.
- Wir haben uns bei der Beschaffung des Kommandowagens für die schnelle Verfügbarkeit der Feuerwehrkommandanten am Einsatzort dafür eingesetzt, dass die Beschaffung eines gebrauchten Fahrzeugs priorisiert wird, um die zusätzlichen Kosten zu begrenzen.
- Es ist bedauerlich, dass unserem Antrag im Juli zur Prüfung auf Anwendung und Auswirkung eines CO2 Schattenpreises im Vergabeprozess bei Bauausschreibungen nicht zugestimmt wurde. In den kommenden Jahren wird es jedoch notwendig sein, diesen Hebel in Deutschland anzuwenden, insbesondere da er im baden-württembergischen Klimaschutzgesetz bereits als Kann-Vorschrift verankert ist. Es ist jedoch wichtig, sich bewusst zu machen, dass die Implementierung dieses Instruments einen bedeutenden Einfluss auf den kommunalen Haushalt und die Investitionsaufwendungen haben kann.

Die kurze Stellungnahme unseres Fraktionsvorsitzenden Tino Villano zur Einbringung des Haushalts 2025 in der letzten Gemeinderatssitzung hat uns vor Augen geführt, dass wir im Umgang mit den Finanzen noch bewusster agieren und uns nach außen für die Gemeinde Walzbachtal stark machen müssen – gerne auch in Allianzen mit anderen Gemeinden.

Wir möchten höflich darauf hinweisen, dass eine solide Finanzverwaltung die Grundlage für eine erfolgreiche Gemeindegestaltung bildet. Dies muss unser Antrieb sein. Andernfalls besteht die Gefahr, dass wir uns ausschließlich auf die Verwaltung des negativen Haushalts und der Pflichten konzentrieren.

Es ist durchaus nachvollziehbar, dass Gemeinden Schulden aufnehmen, um Investitionen in Infrastruktur, Schulen, Kindertageseinrichtungen und soziale Programme zu tätigen. Solche Investitionen können dazu beitragen, die wirtschaftliche Grundlage für künftige Generationen zu verbessern und so deren Lebensqualität zu steigern. Allerdings besteht die Möglichkeit, dass eine zu hohe Verschuldung die Fähigkeit zukünftiger Generationen einschränkt, notwendige Investitionen zu tätigen, um ihre eigenen Bedürfnisse zu decken. Dies ist ein Aspekt, der bei der Planung und Umsetzung von Investitionen bedacht und berücksichtigt werden muss, um nachhaltig zu wirtschaften!

Wir möchten die Gelegenheit ergreifen, um allen Spendern von Herzen zu danken, die im Jahr 2024 kleine und große Geldbeträge für Spielplätze, Sportanlagen, Kindergärten und Schulen der Gemeinde gespendet haben. Unser Dank gilt auch den Spendern, die Vereinen und nicht kommunalen Organisationen Geld gespendet haben. Ohne diese großzügigen Spenden wäre es der Gemeinde nicht möglich, zahlreiche Angebote auf hohem Niveau zu finanzieren.

Unser Dank gilt auch den vielen ehrenamtlich Tätigen. Sei es bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim DRK und THW, in den Vereinen, der Nachbarschaftshilfe, als Lesepate in den Schulen und Kitas, dem Krankenpflegeverein, dem Pflegestützpunkt mit Vor-Ort-Gesprächen, dem Förderverein für caritativ-diakonische Dienste, dem Seniorenbeirat, dem Tageselternverein, den Sport- und Musikvereinen, der kirchlichen und kommunalen Kinderbetreuung sowie in der Kommunalpolitik. Diese Menschen investieren viel persönliche Zeit und Engagement, um Walzbachtal lebenswert zu gestalten und zu erhalten.

Auch Vereine und Organisationen sehen sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie Unternehmen, wenn es darum geht, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, die bereit sind, eine Funktion zu übernehmen. Auch sie sehen sich mit einer alternden Mitgliederstruktur konfrontiert. Wir möchten daher die Mitglieder und die Bevölkerung ermutigen, in Betracht zu ziehen, ob und wo sie sich vielleicht ehrenamtlich aktiv engagieren könnten.

Wir möchten an dieser Stelle auch unseren geschätzten Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat sowie dem Bürgermeister und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im

Rathaus unseren Dank aussprechen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit war jederzeit von gegenseitiger Wertschätzung geprägt.

Wir wünschen Ihnen allen und allen Einwohnerinnen und Einwohnern beste Gesundheit, Zuversicht in einer friedlicheren Welt und eine positive Entwicklung unseres geliebten Walzbachtals.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2025 und den Wirtschaftsplänen für die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu, damit wir handlungsfähig bleiben, müssen aber aktiver die Finanzen wirtschaftlich optimieren und uns für Walzbachtal nach außen stark machen.

Tobias Schreiber
Stellv. Fraktionsvorsitzender CDU-Walzbachtal

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Özcan,
verehrte Mitglieder der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Gäste.

Das Jahr ist erst 13 Tage alt. Haben Sie für 2025 gute Vorsätze gefasst? Hoffentlich haben Sie sich vorgenommen bei der nächsten Bundestagswahl in 6 Wochen wählen zu gehen. Jeder Wahlberechtigte sollte dieses fundamentale Recht nutzen, denn politische Wahlen tragen entscheidend zur Gestaltung unserer Demokratie bei. Sie schaffen ein handlungsfähiges Parlament, das die Interessen der Bürgerschaft repräsentiert und integrieren die vielfältigen politischen Strömungen unseres Landes. Sie bieten personelle und programmatische Alternativen – und fordern uns heraus, die Wahlprogramme kritisch zu studieren, auch zwischen den Zeilen. Die bevorstehende Regierungsbildung dürfte anspruchsvoll werden. Denn wir leben in herausfordernden Zeiten mit zahlreichen Krisen, die unser Zusammenleben auf die Probe stellen. Der fortschreitende Klimawandel bringt immer häufiger Extremereignisse mit sich – auch direkt vor unserer Haustür wie die verheerenden Überflutungen in Gondelsheim und Bruchsal im letzten August gezeigt haben. Die Energiewende mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 ist eine immense Aufgabe, die ins Private, Persönliche eines Jeden hinein reicht. Gleichzeitig sind infolge des von Russland ausgelösten Ukrainekriegs die Preise für Energie und Lebensmittel drastisch angestiegen. Viele Menschen – auch bei uns in Walzbachtal – wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen und Einkäufe bezahlen sollen.

Um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie trotzdem zu stärken, braucht es jedoch mehr als nur Wahlen. Demokratie lebt von der Beteiligung der Menschen, ihren Ideen und ihrem Engagement. Und da haben wir hier vor Ort die besten Möglichkeiten, denn hier können wir die Menschen direkt erreichen und dazu beitragen, unsere Demokratie zu wahren. Bei uns in Walzbachtal und hier im Gemeinderat beteiligen sich Vereine, verschiedenste Gruppierungen und einzelne Bürger aktiv an den Diskussionen, werden bei Entscheidungen gehört und mit einbezogen. Vielen Dank an alle, die sich im letzten Jahr konstruktiv eingebracht haben.

Bei der Gemeinderatswahl im letzten Jahr hatten wir als Grüne das beste Ergebnis im Landkreis, mussten jedoch einen Sitz im Gemeinderat abgeben. Diese neue Zusammensetzung wird eine veränderte Dynamik mit sich bringen. Wir wünschen uns, dass unsere Zusammenarbeit weiterhin demokratisch, lösungsorientiert, sachlich und faktenbasiert geprägt bleibt.

Der Gemeinderat als Hauptorgan der Gemeinde legt die Grundsätze für die Verwaltung fest und entscheidet über alle Angelegenheiten, soweit nicht der Bürgermeister

kraft Gesetzes zuständig ist. Besonders die Entscheidung über den Haushalt, oft als „Königsdisziplin“ bezeichnet, verdeutlicht diese Verantwortung.

Haushaltszahlen

In Baden-Württemberg sind mittlerweile 70% der kommunalen Haushalte nicht mehr ausgeglichen. Die Gründe dafür liegen vor allem bei der Bundes- und Landespolitik. Die übertragenen Aufgaben (Anspruch auf einen Kitaplatz, Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern ab 2026/27 und Flüchtlingsunterbringung) sind finanziell nicht mehr zu stemmen, da die Einnahmen, die die Gemeinde generieren kann, nicht mehr zur Erfüllung ihrer Pflichtausgaben ausreichen.
Gerade bei der Kinderbetreuung ist die Gemeinde ständig bemüht, allen Eltern einen entsprechenden Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. Der Anspruch auf Ganztagesbetreuung von Grundschülern ab 2026/2027 ist hierbei noch nicht eingepreist. Schon jetzt decken die Zuschüsse zusammen mit den Elternentgelten bei weitem nicht die Aufwendungen der Gemeinde. Für 2025 sind das ca. 4 Mio. Euro, die die Gemeinde allein für die Kinderbetreuung von 0 bis 6 Jahren aufwenden muss.
Darin sind auch Personalaufwendungen enthalten, die sich insgesamt auf 12,4 Mio. Euro belaufen. Die Steigerung zum letzten Jahr resultiert aus Tariferhöhungen, Neueinstellungen und Neubewertungen von Stellen.

Die Kreisumlage soll um 4,5 Prozentpunkte auf 32 Prozentpunkte steigen, was für Walzbachtal eine Mehrbelastung von 800.000 Euro bedeutet (von 4,8 Mio. Euro auf 5,6 Mio. Euro).

Trotz der Möglichkeit durch die Grundsteuer Mehreinnahmen zu generieren, bleibt die Gemeinde bei dem Grundsatz der Aufkommensneutralität. Das heißt, dass die Gemeinde durch die Änderung des Landesgrundsteuergesetzes insgesamt keine Mehreinnahmen gegenüber der bisherigen Grundsteuer anstrebt. Es bedeutet aber nicht, dass keiner mehr bezahlt, sondern es handelt sich um den Durchschnitt aller gezahlten Grundsteuern, der gleichbleibt. Bei der Berechnung des Messbetrages liegt zukünftig nur noch die reine Grundstücksgröße zugrunde und die Bebauung hat keinen Einfluss darauf. Das ist aus unserer Sicht nicht gerecht, wenn einfache Häuser und Villen gleich besteuert werden. Die ausschließliche Orientierung der Grundsteuer an der Grundstücksgröße kann auch zu einer sozialen Schieflage führen. Allerdings haben wir als Gemeinde hier leider keine Möglichkeit, die Steuer anders festzusetzen. Aufgrund der Aufkommensneutralität wurde der Hebesatz der Grundsteuer A von 360 v.H. auf 375 v.H. erhöht und bei der Grundsteuer B von 360 v.H. auf 170 v.H. gesenkt.

Für das Jahr 2025 wird im Haushalt ein Defizit von 8 Mio. Euro erwartet, die Verschuldung nimmt um 2,5 Mio. Euro auf insgesamt 16,5 Mio. Euro zu und das Eigenkapital schrumpft um 8 Mio. auf 27,8 Mio. Euro. Das Eigenkapital kann bis 2029 bei konstanter Entwicklung aufgebraucht sein. Wie am Anfang erwähnt, sind 70% der kommunalen Haushalte nicht mehr ausgeglichen. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass es 30% der Kommunen gelingt, mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen. Wir

müssen uns der Herausforderung stellen, unseren Haushalt zukünftig stabilisieren und diesen Abwärtstrend aufhalten.
Im Moment bleibt uns nur noch zu hoffen, dass unser Haushaltsplan der Prüfung standhält.

Abgeschlossene und zukünftige Projekte, die trotz der schlechten Finanzlage der Gemeinde notwendig sind: (Unser Bürgermeister bezeichnet es als gezielte Schwerpunktsetzung im Rahmen des Möglichen.)

Am Freitag durften wir das das neue Bürgerbüro im Erdgeschoss der alten Schule in Jöhlingen einweihen. Damit steht den Bürgern endlich eine barrierefreie Verwaltungsstelle zur Verfügung, was im Speyerer Hof leider nicht möglich war. Die Grüne Fraktion begrüßt ausdrücklich den schrittweisen Umbau zu einem barrierefreien Walzbachtal, in dem alle Bürger mitgenommen werden.

Für die Außengruppe Moby Dick wurde im Bürgergarten Rappenstraße ein Außengelände geschaffen, wie vom KVJS gefordert. Das Spielgerät „Kleiner Kapitän“ wurde angeschafft und das Gelände mit einem Zaun eingefasst. Insgesamt ist es sehr gelungen und wird auch außerhalb der Benutzungszeiten der Kita von unseren kleinen Bürgern gut angenommen.

Um Hochwasserkatastrophen zu verhindern, wurde im letzten Jahr begonnen, das Hochwasserrückhaltebecken Seewiesen zu sanieren und für eine zweistufige Steuerung umzubauen. Die schwere Überflutung in unserer Nachbargemeinde Gondelsheim im letzten August hat ja gezeigt, wie dringend notwendig der Hochwasserschutz ist – auch angesichts der Zunahme von Extremen durch den Klimawandel. Das vorhandene Volumen wird durch die künftige Steuerung besser genutzt werden und für das Hochwasserrückhaltebecken kann ein Schutzgrad von HQ 100 (d.h. 1 rechnerischer Überstau, der statistisch einmal in 100 Jahren auftritt) erreicht werden – allerdings für heutige Verhältnisse und nicht für die Zukunft. Erfreulicherweise wurde der Förderbetrag auf Initiative des Bauamtes auch für die nachträglich entstandenen Mehrkosten bewilligt. Die Gesamtkosten der Sanierung belaufen sich auf 1,8 Mio. und werden vom Land Baden-Württemberg mit einem Fördersatz von 70% bezuschusst. Fördermittel sind bei einer Gemeinde eine wichtige Einnahmequelle, ohne die manche Maßnahme nicht möglich wäre. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass die Verwaltung sich im „Förderdschungel“ zurechtfindet. Man könnte dabei über ein professionelles Fördermittelmanagement eventuell in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen nachdenken.

Neben dem Hochwasserschutz ist auch das Starkregenmanagement ein Aufgabenfeld der Gemeinde.
Die Wetteraufzeichnungen zeigen, dass sich der Jahresniederschlag in Deutschland nicht erheblich verändert hat, jedoch dessen räumliche und zeitliche Verteilung. Vereinfacht gesprochen: Es kommt mehr Wasser in kürzerer Zeit. Somit ist in den letzten Jahren eine Zunahme an lokalen und überregionalen Hochwasserereignissen zu beobachten.

Der genaue Ort und Zeitpunkt ist dabei kaum vorherzusagen und kann für die Betroffenen sehr überraschend auftreten.
Das Land stellt in seinem Leitfaden „Kommunales Starkregenrisikomanagement in Baden-Württemberg“ den Kommunen ein einheitliches Verfahren zur Verfügung, um Gefahren und Risiken zu analysieren und kommunale Starkregenkarten zu erstellen. Mithilfe der Karten können Kommunen einschätzen, wo sich Oberflächenabfluss sammelt und wo er abfließt. Auf dieser Grundlage können Maßnahmen erarbeitet werden, die mögliche Schäden im Ernstfall vermeiden oder spürbar verringern. Kommunen können für ein Gesamtkonzept, bestehend aus kommunalen Starkregenkarten, nachfolgender Risikoanalyse und darauf aufbauendem Handlungskonzept einen Zuschuss in Höhe von 70 Prozent der Kosten erhalten. Wir begrüßen, dass die Gemeinde ein Starkregenrisikomanagement beauftragt hat und auch den Förderbescheid erhalten hat. Wir wünschen uns, dass wir über die weiteren Schritte kontinuierlich informiert werden. Desgleichen wünschen wir Informationen über den Stand des Walzbachtaler Energieplans, der bereits im Jahr 2023 in Auftrag gegeben wurde.

Der Feuerwehrbedarfsplan wurde zum ersten Mal von einer externen Stelle fortgeschrieben. Er stellt dar, welche Leistungsfähigkeit der Feuerwehr für die örtlichen Verhältnisse notwendig ist und wie diese in den folgenden Jahren gewährleistet werden kann. Bei der Freiwilligen Feuerwehr Walzbachtal wurde ein guter Ausbildungsstand bei den wesentlichen Qualifikationen, gute und zuverlässige Leistungsfähigkeit der ehrenamtlichen Kräfte und die Einhaltung der Eintreffzeit in den meisten Fällen festgestellt. Was noch zu tun ist: Die Tagesverfügbarkeit durch weitere Externe auch bei Neueinstellungen in der Verwaltung steigern, Neubau und neuer Standort in Jöhlingen und die Ausstattung zur Bekämpfung von Wald- und Vegetationsbränden.
Außerdem kommt die Ersatzbeschaffung von zwei Löschfahrzeugen in den nächsten zwei Jahren auf uns zu. Der Kommandowagen, der für das Konzept Einsatzführungsdienst notwendig ist, konnte bereits im Dezember durch ein Gebrauchtfahrzeug ersetzt werden. Wie wichtig die Feuerwehr ist, wurde gerade im letzten Jahr verdeutlicht. Nach einem Großbrand in Wössingen, bei dem die Überlandhilfe von mehreren Feuerwehren notwendig war, kamen unsere Kameradinnen und Kameraden in der gleichen Woche auch bei der Hochwasserbekämpfung in Gondelsheim zum Einsatz. Vielen Dank für euren unermüdlichen Einsatz zum Wohle unserer Gemeinde.

Wie jedes Jahr wurden Maßnahmen im Rahmen des Mobilitätskonzeptes im öffentlichen Raum umgesetzt. Diese Maßnahmen sind sehr wichtig für die Barrierefreiheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch um Alternativen zum PKW attraktiver zu machen. Weitere Fahrradbügel am Parkplatz der Fraueneiche, abgeflachte Bürgersteige, Gehweg Jöhlinger Straße und barrierefreie Bushaltestellen in Wössingen und Jöhlingen. Diese Vorgehensweise, möglichst kleiner finanzieller Aufwand, möglichst großer Nutzen soll auch zukünftig gelten. Es werden wieder 10.00 Euro im Haushalt eingestellt, um bei Bedarf schnell handlungsfähig zu sein.

Die Gemeinde hat sich mit Zustimmung des Gemeinderats für die Erstellung einer Biotopverbundplanung entschlossen. Der landesweite Biotopverbund soll dabei helfen,

Biotope und somit den Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten zu erhalten und einen Austausch zwischen Lebensräumen zu ermöglichen. Die Kommune erhält eine Förderung von 90 %, wenn sie sich die Biotopverbundplanung durch ein Planungsbüro erstellen lässt. Nach der Erfassung des aktuellen Zustands erfolgt die Planung und danach erhält die Gemeinde ein Gesamtkonzept mit einem Maßnahmenkatalog. Man erhält damit auch eine Datengrundlage für die Planung von Ausgleichsmaßnahmen oder zukünftiger Flächennutzungspläne.

Die Kosten für die Digitalisierung sind in vielen Haushaltsstellen beinhaltet. Da in Zukunft noch mehr Online-Angebote notwendig sind, investiert die Gemeinde regelmäßig in Hardware, in Software, Lizenzen und Support. Lobenswert ist hier der Schadensmelder auf der Homepage der Gemeinde, der auch rege genutzt wird. Uns ist jedoch wichtig, dass die Leistungen der Verwaltung auch weiterhin analog angeboten werden, um keinen Bürger auszuschließen.

Bei der Abwasserversorgung und Trinkwasserversorgung stehen Maßnahmen an, die sich auf die jeweiligen Entgelte auswirken.

Die gemeinsame Kläranlage der Gemeinde Walzbachtal und Weingarten wurde 1972 in Betrieb genommen und ist somit erneuerungsbedürftig. Da 2026 auch die Wasserrechte zum Betrieb der Kläranlage auslaufen und neu beantragt werden, wird die Ertüchtigung der Kläranlage nach dem aktuellen Stand der Technik verbunden sein. Bei einer Bürgerversammlung wurde bereits auf die Notwendigkeit hingewiesen und die Planungen vorgestellt. Der Investitionsbedarf dieser Maßnahme liegt im Moment bei geschätzten 20 Mio. Euro, die auf die beiden Verbandsgemeinden hälftig aufgeteilt werden.

Die Gemeinde ist schon länger auf der Suche nach der besten Möglichkeit die Trinkwasserversorgung zu sichern. Es fanden Probebohrungen statt, die jedoch nicht den gewünschten Erfolg brachten, oder es gab naturschutzrechtliche Hindernisse für die Erschließung eines neuen Brunnens. Nun beschäftigt man sich mit der Möglichkeit durch Fremdwasser die Versorgung auch in den kommenden Jahrzehnten zu gewährleisten. Hier sind die anfallenden Kosten noch nicht zu beziffern.

Grüne Anträge

Unsere Anträge sind darauf ausgerichtet, kosteneffiziente und gleichzeitig wirkungsvolle Verbesserungen für die Gemeinde zu erzielen.

Unser Antrag zur Entsiegelung von Flächen und Schaffung von mehr Grünflächen auf der gesamten Gemarkung wurde von den anderen Fraktionen und der Verwaltung positiv aufgenommen. Indem mehr Grünflächen geschaffen werden, die sich positiv auf die Luftqualität und Temperatur auswirken und im Falle von Starkregen eine Versickerung ermöglicht, ist diese Maßnahme ein kleiner Beitrag zu einer klimaresilienten Gemeinde. Es folgte ein einstimmiger Beschluss, ein gesamtheitliches Entsiegelungs- und Begrünungskonzept der Grünanlagen zu erstellen. Dabei wurden bestimmte

Kriterien, wie bestehender Handlungsbedarf, schnelle Umsetzbarkeit, vergleichsweise kostengünstig, größtmöglicher Effekt auf das Kleinklima und vorhandene Fördermöglichkeiten berücksichtigt. Als erste Maßnahme werden in diesem Jahr 40 neue Bäume gepflanzt, für die eine Förderung von 80 % der Sach- und Materialkosten möglich ist. Wir danken Herrn Menninger, dem Leiter der Grüngruppe des Baubetriebshof für die Erstellung und die Umsetzung des Konzepts und sind sicher, dass die weiteren Maßnahmen bei ihm in guten Händen sind.

Beim Wettbewerb Nachhaltigkeit und Klimaschutz hatten wir im ersten Jahr das Thema „naturnaher Garten“. Naturnahe Gärten ermöglichen eine große Biodiversität und sind damit ein wichtiger Teil des Ökosystems unserer Gemeinde. Wir freuten uns über zahlreiche Bewerber und konnten im September 2024 die Preisträger auszeichnen. Es war spannend, wie unterschiedlich das Thema interpretiert wurde und wir sind auf die Neuauflage des Wettbewerbs mit einem anderen Themenschwerpunkt gespannt.

Bei unserem Antrag PV-Anlagen auf gemeindeeigenen Dächern zu installieren, wurden Maßnahmen begonnen und es soll auch weiterhin ein regelmäßiger Ausbau stattfinden. Dies ist wichtig für die Energietransformation und die Minderung der klimaschädlichen CO2 Emissionen.

Im April wurde eine Überprüfung und Verbesserung des nächsten Schulwegeplans beantragt, aber leider noch nicht umgesetzt. Es sollte kurzfristig eine Arbeitsgruppe aus Gemeindeverwaltung, Gemeinderatsvertretern und Elternvertretern eingerichtet werden, um sich den derzeitigen Schulwegeplan anzuschauen und entsprechend dem Erlass von Baden-Württemberg „Sicherer Schulweg 2023/2024“ zu korrigieren.

Den gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion möchte ich besonders erwähnen. Im Nachgang zu der Veranstaltung „Jugend entscheidet“ wurde beantragt zu prüfen, welche Voraussetzungen für die Einrichtung eines Jugendgemeinderates notwendig sind, wie die Erfahrungen anderer Kommunen sind und wie es sich mit Strukturen, Wahlperiode, Altersdurchschnitt und Art der Beteiligung verhält. Sehr erfreulich bei der Veranstaltung war, dass 100 Jugendliche teilgenommen und ernsthaft mitgearbeitet haben. Die hohe Beteiligung zeigt auch, dass der Bürgerdialog in unserer Gemeinde schon bei der Jugend erfolgreich ist. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal bei Frau Leuser und Frau Stippinger für die professionelle Vorbereitung und Durchführung der zweitägigen Veranstaltung und natürlich bei allen Jugendlichen, die hier aktiv waren.

Der Antrag der CDU zur Aktivierung von ungenutztem Wohnraum hätte nach Aussage eines meiner Fraktionskollegen auch von uns kommen können, denn er spiegelt auch unsere Haltung wieder. Um die Ausweisung von neuen Baugebieten zu vermeiden, plädieren wir schon länger für Innenverdichtung vor Außenerweiterung. Die Aktivierung von Leerstand ist noch eine weitere Möglichkeit, um den Wohnungsmarkt zu entspannen und dem sogenannten Donut-Effekt entgegenzuwirken. 185 leerstehende Wohneinheiten allein in Walzbachtal haben genug Potenzial, um die Ortsmitte zu

stärken und Flächen zu sparen. Nicht zu vergessen ist außerdem, dass neue Siedlungsflächen auch neue Verkehrsflächen bedeuten. Man spart damit neue Straßen und Versorgungsleitungen und mindert die Versiegelung. Um das Problem gezielt anzugehen wäre ein Leerstandskataster in Verbindung mit einem Leerstandsmanager sinnvoll, damit vom Leerstand bedrohte, bzw. ungenutzte Wohngebäude erfasst, frühzeitig erkannt und dem Wohnungsmarkt wieder zugeführt werden können. Da dies über die Möglichkeiten unserer Gemeinde hinausgehen würde, begrüßen wir den Kompromiss, bei dem die Gemeinde als Bindeglied zwischen den Wohnungseigentümern und der Landsiedlung Baden-Württemberg fungiert und die Bürger für das Thema Wohnraummangel sensibilisiert und offensiv über Fördermöglichkeiten informiert.

Da wir uns darauf geeinigt hatten uns kurz zu fassen, komme ich nun zum Schluss der Haushaltsrede. Der Dank der Grünen Fraktion geht an die Mitarbeiter des Bauhofs, dem technischen Hausdienst und dem Forst für ihren Einsatz. An die Erzieherinnen und Erzieher in Kita und Hort für ihre engagierte Arbeit im vergangenen Jahr. Außerdem bedanken wir uns bei allen Ehrenamtlichen des Seniorenbeirats, des Energiebeirats, der Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes, der Kirchen und der Vereine, die sich zum Wohle der Gemeinde eingesetzt haben.

Wir danken dem Bürgermeister und der Verwaltung für ihre Arbeit, besonders allen an der Haushaltsplanerstellung Beteiligten.

Wir bedanken uns auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für die konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit und den fairen und respektvollen Umgang miteinander.

Der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2025, der mittelfristigen Finanzplanung 2024 bis 2028, sowie den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe stimmt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Das obligatorische Zitat kommt dieses Mal von Kofi Annan, ghanaischer Diplomat und von 1997 bis 2006 Generalsekretär der Vereinten Nationen:
„Demokratie ist kein Luxus, den wir uns leisten können, sondern eine Notwendigkeit, die es zu verteidigen gilt.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Andrea Zipf
Fraktionsvorsitzende

Haushaltsrede der SPD-Gemeinderatsfraktion 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Özcan,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Gerade unsere Familienfeier zum 1000-jährigen Bestehen Walzbachtals am 23. Juni 2024 hat gezeigt, wie liebens- und lebenswert Walzbachtal ist. Dies hat vor allem auch etwas mit den vielfältigen Vereinen in unseren beiden Ortsteilen zu tun, deren Mitglieder sich ehrenamtlich sehr engagiert in das Gemeindeleben einbringen. Daher hat es uns doch sehr verwundert, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU – im Übrigen zu einem sehr unüblichen Zeitpunkt, nämlich unmittelbar nach der Haushaltseinbringung des Bürgermeisters und nicht wie sonst üblich in der darauffolgenden Gemeinderatssitzung – in seiner Haushaltsrede angesichts der Haushaltslage darauf hingewiesen hat, dass jegliche Vereinsförderung ab 2029 zu entfallen hat. Einem solchen Beschluss würden wir als SPD-Fraktion niemals zustimmen. In Zeiten wie diesen leisten die Vereine einen immensen Beitrag zum Zusammenhalt der Gemeinschaft und übernehmen integrative Aufgaben, was wir als sehr wichtig ansehen.

Natürlich ist der Haushalt Walzbachtals seit Jahren nicht ausgeglichen, aber die ohnehin nicht üppigen Vereinszuschüsse sind hierfür nicht maßgeblich.

Selbst die Stadt Karlsruhe, die im Vergleich zu Walzbachtal in den letzten Jahren immer einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen konnte, kann dies nun nicht mehr leisten. Deren Oberbürgermeister Frank Mentrup, der jetzt auch Präsident des Städtetags Baden-Württemberg ist, informierte letzte Woche in dieser Funktion, dass „der Schuldenberg der Rathäuser laut Umfrage seit 2023 um insgesamt mehr als 20 % gestiegen sei. Die Kommunen würden von steigenden Ausgaben und wachsenden Aufgaben schier erdrückt. Als Gesetzgeber dürfen Bund und Land die Aufgabenlast der Kommunen nicht beständig erhöhen, ohne dass die damit verbundenen Kosten auch nur annähernd erstattet werden. Es kann nicht sein, dass die Kommunen mehr als 25 % des öffentlichen Haushalts tragen, dafür aber nur 14 % der Steuereinnahmen erhalten. Es muss klare Finanzierungszusagen für neue Aufgaben geben.“ Insbesondere sind diese neuen Aufgaben für Gemeinden von der Größe von Walzbachtal der Anspruch auf Kleinkindbetreuung, die Ganztagsschulen und die geforderte Klimaneutralität.

Die Gemeindeverwaltung unter Vorsitz von Bürgermeister Timur Özcan hat einen Professor der Verwaltungshochschule in Kehl, also einen ausgewiesenen Fachmann für kommunales Haushaltsrecht, beauftragt, den Haushaltsplan Walzbachtals kritisch unter die Lupe zu nehmen. Dieser bestätigte, dass keine großen Stellschrauben möglich sind, aber möglicherweise im Kleinen nachgebessert werden kann. Derzeit prüft die Verwaltung zur Einnahmenerhöhung Miet- und Pachteinnahmen, die die Gemeinde beispielsweise für die Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes erhält. Dieser Raum

steht ja der Gemeinschaft zur Verfügung; wenn ihn jemand nutzen möchte, sollte er auch einen angemessenen Betrag hierfür leisten.

Nun zu den Maßnahmen, die **2024** trotz widriger Haushaltslage verwirklicht werden konnten:

- Fertigstellung des neuen, barrierefreien Bürgerbüros in Jöhlingen, ein Projekt, das die SPD in den letzten Jahren immer wieder gefordert hat!
- Fertigstellung der Außengruppe Seesterne des Kindergartens Moby Dick in der Seestraße
- Sanierung des Hochwasserrückhaltebecken Seewiesen, eine wichtige Maßnahme für die Zurückhaltung zu erwartender künftiger Starkregenereignisse
- Kauf eines Kommandowagens für die Feuerwehr
- Erweiterung des bereits sehr guten ÖPNV-Anschlusses Walzbachtals durch das Mobilitätsangebot „My shuttle“
- Eröffnung des Lidl-Marktes in Wössingen
- Einweihung der zweiten Boulebahn im Mehrgenerationenpark beim Seniorenzentrum Kronengarten in Wössingen und Bau des Piraten-Spielgeräts im Bürgergarten
- energetische Sanierung der Grundschule Wössingen
- Umbau der Bushaltestellen für Barrierefreiheit
- Teilnahme beim Projekt Jugend entscheidet: Walzbachtal kann stolz darauf sein, eine von 10 Kommunen in Deutschland zu sein, die bei diesem Projekt von der Hertie- Stiftung ausgewählt wurde. Hier gilt es nun, die entscheidenden Akzente zu setzen und den Jugendlichen die passenden Signale zu geben.
- Beginn der Arbeit des Energiebeirats, der auf Antrag der SPD eingerichtet wurde

Nun zu den Maßnahmen, die für **2025** geplant sind:

- Erweiterung der Horträume an der Schule in Jöhlingen, welche die Erfüllung einer gesetzlichen Forderung aus dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 darstellt. Auf die Möglichkeit einer Bezuschussung dieser Maßnahme, die nach Antragseingang beim Land erfolgte, wurde die Verwaltung durch unsere Fraktion hingewiesen.
- weitere Maßnahmenschritte für den sehr sanierungsbedürftigen Kindergarten Oberlinhaus
- erste Maßnahmen für ein dringend benötigtes Pflegeheim in Jöhlingen, nachdem die Fläche oberhalb des Friedhofs vom Investor derzeit nicht bebaut wird; Betreiber muss dann nach Ansicht der SPD-Fraktion allerdings ein sozialer Träger sein.
- weitere Maßnahmen zum Ersatz für das Feuerwehrhaus Jöhlingen in der Ortsmitte, das nicht mehr zeitgemäß und zu klein ist

- die Beschaffung von zwei neuen Großfahrzeugen für die Feuerwehr Walzbachtal muss ebenfalls angegangen werden
- Überquerung der Wössinger Straße beim TV Wössingen
- Abriss des Gebäudes Wössinger Straße 97, ehemals Primo
- die Planungen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung sind für die Zukunft unserer Gemeinde weiter voranzutreiben

Sie sehen, es gibt viel zu tun, und das bei wirklich knappen Haushaltsmitteln.

Hier noch ein paar weitere Themen, die u.E. für die Bevölkerung interessant sind:

1,2 Millionen mehr Kreisumlage als 2024 muss die Gemeinde an das Landratsamt überweisen; dies ist eine erhebliche Mehrung im Vergleich zu 2024.

Gespannt wird jeder Bürger auf die Grundsteuerbescheide sein, die in den nächsten Tagen verschickt werden. Alle Fraktionen haben hierzu bei dem Beschluss zum Hebesatz deutlich gemacht, dass sie eine Aufkommensneutralität wünschen, d.h., die Gemeinde wird hier nicht mehr einnehmen, allerdings können sich die Grundsteuerbeträge bei den einzelnen Steuerpflichtigen erheblich verändern.

Leider mussten wir letztes Jahr erfahren, dass der Baubeginn des Glasfaserausbaus durch die Deutsche Glasfaser nicht wie zugesagt 2025 erfolgt, sondern erst für 2026/2027 geplant sei. Hier müssen wir dranbleiben und den frühestmöglichen Termin einfordern, damit die Gemeinde Walzbachtal in diesem immer wichtiger werdenden Bereich der Daseinsfürsorge nicht abgehängt wird.

Der Wald wird erstmals 2025 keinen Gewinn mehr abwerfen. Wir hoffen, dass dies nur ein einmaliger Vorgang sein wird.

Der Sanierungsstau bei der Infrastruktur wie die Sanierung von Straßen ist gewaltig, allerdings können wir uns angesichts der Haushaltslage nur kleine Streckenabschnitte jedes Jahr vornehmen.

In sechs Wochen sind die Wahlen zum deutschen Bundestag. Weil wir Demokratie für das höchste Gut halten, bitten wie alle, zur Wahl zu gehen. Durch Nichtwähler werden nur die äußeren extremen Ränder gestärkt.

Am Ende der Haushaltsrede möchten wir uns beim Vorsitzenden der Verwaltung, Herrn Bürgermeister Özcan, und bei den Gemeinderatskolleginnen und -kollegen der anderen Fraktionen für die gute und kollegiale Zusammenarbeit bedanken.

An die neue Fraktion im Walzbachtaler Gemeinderat gerichtet wünschen wir uns eine etwas kritischere Einstellung zu Firmen in Walzbachtal, deren Verbleib in Walzbachtal

auch die SPD wünscht, die aber hierfür die bestmöglichsten technischen Lösungen hinsichtlich Emissionen, Staub und Lärm für die Einwohnerschaft ermöglichen sollten.

Weitere Institutionen, denen wir herzlich danken möchten:

- der Feuerwehr: deren Bedeutung und Wichtigkeit wurde vielen einmal mehr beim Großbrand in Wössingen im Sommer bewusst; hier konnten dank des großartigen Einsatzes Personenschäden und weitere noch gravierendere Sachschäden vermieden werden. Deshalb gilt hier unser besonderer Dank den Einsatzkräften dieser Bevölkerungsschutzorganisation.
- Auch der Bauhof leistete eine Woche später nach den verheerenden Starkregenereignis in Gondelsheim nachbarschaftliche Hilfe! Auch hierfür unser herzlicher Dank.

Natürlich möchte die SPD-Gemeinderatsfraktion auch folgenden Personen ihren Dank aussprechen: den Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeitern, den Erzieherinnen und Erziehern, den Mitarbeitern beim Forst für die engagierte Arbeit im vergangenen Jahr. In den Dank einschließen möchten wir auch die ehrenamtlich Tätigen im Seniorenbeirat, im Energiebeirat, beim Deutschen Roten Kreuz, in den Vereinen und in den Kirchen.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2025 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zustimmen.

Walzbachtal, 13.01.2025

Silke Meyer
SPD-Fraktionsvorsitzende

Haushaltsrede der AfD-Fraktion im Gemeinderat Walzbachtal

Thomas Rößler, Fraktionsvorsitzender
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, des Bauhofs und des Forstamts,
sehr geehrte Kollegen Gemeinderäte,
liebe Mitbürger,

es ist mir eine Ehre, heute im Rahmen der Haushaltsdebatte einige Worte an Sie richten zu dürfen. Zunächst möchte ich mich für die umfassende Aufbereitung der Zahlen durch die Verwaltung und für die fundierten Beiträge meiner Vorredner bedanken. In meiner Rede möchte ich jedoch bewusst auf detaillierte Zahlen verzichten, da diese bereits ausführlich dargelegt wurden. Stattdessen möchte ich auf die übergeordneten Herausforderungen eingehen, die nicht nur Walzbachtal, sondern ganz Deutschland betreffen.

Deutschland an einem Wendepunkt
Unser Land steht an einem kritischen Scheideweg. Deutschland, einst ein Symbol für wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand, taumelt zunehmend am Rande eines wirtschaftlichen Kollapses. Die Staatsverschuldung wächst in einem besorgniserregenden Tempo, als gäbe es kein Morgen. Dies gilt nicht nur für den Bund, sondern zieht sich wie ein roter Faden durch die Haushalte der Länder, Kreise und Gemeinden.
Auch in Walzbachtal erkennen wir diese Entwicklung. Noch stehen wir mit unserer Pro-Kopf-Verschuldung im Mittelfeld vergleichbarer Gemeinden, doch die Zeit drängt. Der Moment wird kommen, in dem wir gezwungen sein werden, uns ausschließlich auf die Erfüllung von Pflichtaufgaben zu beschränken.

Zeit für Ehrlichkeit und Verantwortung
Es ist an der Zeit, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen: Wir können nicht länger über unsere Verhältnisse leben. Ideologische Projekte und symbolische Politik müssen zugunsten einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik weichen. Unser Ziel muss es sein, das Land wieder „vom Kopf auf die Füße zu stellen“.

Dabei geht es nicht nur um Zahlen und Bilanzen, sondern auch um grundlegende politische Weichenstellungen. Wir müssen uns wieder auf das Wesentliche konzentrieren:

- **Bezahlbare Energie**: Die Energiekrise zeigt uns deutlich, wie abhängig wir geworden sind. Es ist unsere Aufgabe, Lösungen zu finden, die nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch tragfähig sind.
- **Migration**: Unsere sozialen Systeme stehen unter immensem Druck. Eine klare und geregelte Zuwanderungspolitik ist unerlässlich, um langfristig soziale Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.
- **Regionale Selbstbestimmung**: Es kann nicht sein, dass Brüssel, Berlin und Stuttgart uns immer mehr finanzielle Lasten aufbürden, ohne dass wir als

Gemeinde ausreichende Mittel erhalten. Wer bestellt, muss auch bezahlen – dies müssen wir mit Nachdruck einfordern.

Sachzwänge hinterfragen und Position beziehen
Als AfD-Fraktion verstehen wir die Sachzwänge, die uns oft auferlegt werden. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass es unsere Pflicht ist, diese kritisch zu hinterfragen und für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Walzbachtal einzutreten. Ein „weiter so“ kann und darf es nicht geben.

Dank an die Gemeinschaft
Zum Abschluss möchten wir allen Beschäftigten der Gemeinde Walzbachtal unseren Dank aussprechen. Ihr tägliches Engagement, insbesondere in diesen herausfordernden Zeiten, ist ein wertvoller Beitrag für unsere Gemeinde. Ebenso gilt unser Dank den vielen Ehrenamtlichen, die sich uneigennützig für das Gemeinwohl einsetzen.
Auch dem Bürgermeister und den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat möchten wir für die vertrauensvolle Zusammenarbeit danken. Wir mögen in der Sache oft unterschiedlicher Meinung sein, doch ist unser gemeinsames Ziel immer das Wohl Walzbachtals.

Ein Blick nach vorne
Für die bevorstehende Bundestagswahl am 23. Februar rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihr demokratisches Recht wahrzunehmen und zur Wahl zu gehen. Jede Stimme zählt, um die Zukunft unseres Landes aktiv mitzugestalten.
Ich möchte meine Rede mit einem Zitat von Arthur Schopenhauer schließen: *„Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.“*
Die AfD-Fraktion wird sich beim Haushalt 2025 enthalten, denn wir erkennen die Herausforderungen an, sehen jedoch weiterhin Verbesserungsbedarf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Thomas Rößler
Fraktionsvorsitzender der AfD Walzbachtal

Haushaltsrede der FDP/WBL-Fraktion des Gemeinderats

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Özcan,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

wieder geht ein Jahr zu Ende. Auch 2024 war geprägt vom russischen Überfall auf die Ukraine und dem Konflikt im Nahen Osten. Unmittelbar wichtige Ereignisse für Deutschland und Europa waren zu Jahresanfang die Bauernproteste, die Europawahl im Frühjahr sowie die 3 Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Des Weiteren haben wir nach drei Jahren das Ende der Ampelkoalition im Bund erlebt. Für viele von uns ein wichtiger, aber vielleicht auch ein zu später Schritt. Was werden die Neuwahlen im Februar für unser Land bringen? Diese Frage kann niemand von uns ohne einen Blick in eine Glaskugel 100 %-ig beantworten, aber wir alle können durch unsere Beteiligung zum Ausgang der Wahl beitragen.

Aber auch für Walzbachtal war 2024 aus politischer Sicht ein ereignisreiches Jahr. Durch den Ausgang der Kommunalwahlen im Juni 2024 wurde der Gemeinderat um eine Parteienfarbe erweitert. Mehr Parteien bedeuten natürlich auch mehr Meinungen; trotzdem ist das Herzstück einer Demokratie, die Meinungsvielfalt auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, um für die Einwohner Walzbachtals gute Entscheidungen zu treffen. Die FDP-Walzbachtal ist bei der Gemeinderatswahl mit der Kandidatenliste FDP/WBL (Walzbachtaler Bürgerliste) angetreten und konnte mit den Zwillingsbrüdern Patrik Fanz für die WBL und Sascha Fanz für die FDP wieder mit zwei Gemeinderäten in den Gemeinderat einziehen. Gleichzeitig durften wir unseren langjährigen Kreis- und Gemeinderat sowie Ortsvorsitzenden Werner Schön in die politische Rente verabschieden und möchten uns auf diesem Wege nochmals für seine langjährige Arbeit für den Kreis Karlsruhe und die Gemeinde Walzbachtal bedanken.

Nach der Sommerpause haben wir im Gemeinderat das große Thema für Walzbachtal behandelt, die Grundsteuerreform. Hier hat sich die Gemeinde Walzbachtal das Ziel der Aufkommensneutralität gesetzt. Das bedeutet, dass die Einnahmen der Gemeinde aus der Grundsteuer im Vergleich zu den Vorjahren möglichst konstant bleiben sollten, um Nachteile für die Bürger durch die Reform abzuwenden. Aufgrund dieser Berechnung wurde der Hebesatz für die Grundsteuer B auf 170 v.H. festgesetzt.
Der Hebesatz für die Grundsteuer A wurde auf 375 v.H. erhöht. Aufgrund des Messbetrags, der vom Finanzamt für jedes einzelne Grundstück errechnet wird, kann es gerade bei der Grundsteuer B trotz Senkung des Hebesatzes zu einer höheren Steuerlast von Einzelnen kommen. Hier gilt die Regel, je größer ein Grundstück und je älter das bestehende Objekt, umso teurer kann es für Eigentürmer werden. Da wir als Gemeinde nur über den Hebesatz bei dieser Reform Einfluss nehmen können, hoffen wir als FDP/WBL-Fraktion, dass die Zahl derer, die mehr bezahlen müssen nicht zu groß ausfällt. Letztes Jahr wurde ein neuer Feuerwehrbedarfsplan festgelegt und dafür

gesorgt, dass unsere Freiwillige Feuerwehr Walzbachtal einen neuen Kommandowagen bekommt.
Zum Jahresende fand mit Unterstützung der Hertie-Stiftung in Walzbachtal das Forum „Jugend entscheidet“ statt, bei dem mehr als 100 Jugendliche über 2 Tage Vorschläge für ein besseres Leben in Walzbachtal erarbeitet haben.

Die Zahlen des neuen Haushalts 2025 sind nicht rosig. Wer sich genauer darüber informieren möchte, kann dies entweder über das Onlineangebot der Gemeinde oder vor Ort im Rathaus tun.

- Im Haushaltsplan sind Ausgaben in Höhe von rund 33,4 Mio. € vorgesehen, denen Einnahmen von etwa 25,9 Mio. € gegenüberstehen.
- Daraus ergibt sich ein Negativergebnis von - 8 Mio. €.
- Die Gesamtverschuldung einschließlich der beiden Eigenbetriebe von Walzbachtal betrug zum 31.12.2024 22,5 Mio. € und wird zum Jahresende 2025 auf 25,6 Mio. € ansteigen. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.573 € nach 2.263 € im letzten Jahr.

Walzbachtal folgt damit leider einem deutschlandweiten Trend der kommunalen Verschuldung, die sich in den letzten Jahren auf 154,6 Mrd. € (Stand: 2023) aufsummiert hat. Dabei sind viele Aufgaben vom Gesetzgeber vorgegeben und damit alternativlos. Hinzu kommen gleichzeitige und überfällige Investitionen, die über die vergangenen Jahre und Jahrzehnte in der Gemeinde liegen geblieben sind.
Unsere Fraktion würde sich wünschen, dass die Haushaltsberatungen wieder in Walzbachtal abgehalten werden. Die dadurch entstehenden Kosten sollten besser der Walzbachtaler Gastronomie zugutegekommen.

Aufgrund dieser Haushaltszahlen ist es für unsere Fraktion weiterhin oberste Aufgabe, den Haushalt zu konsolidieren. Denn sollten wir keinen Weg finden die Entwicklungen der prognostizierten Zahlen abzuwenden, laufen wir Gefahr, dass viele als selbstverständlich angesehene Ausgaben der Gemeinde wie z.B. die Vereinsförderungen gestrichen werden müssen. Allerdings bedeuten diese Zahlen nicht, dass wir als politische Gemeinde in 2025 keine Projekte und Aufgaben angehen und umsetzen. Die einen in etwas größerem, die anderen in etwas kleinerem Maße und oft auch unter der Voraussetzung, dass Fördermittel fließen:

- Unterhaltungsmaßnahmen werden auch in 2025 angegangen, so z.B. die Sanierung der Steinfassade und weiterer Schallschutzdecken an bzw. in der Schule im OT Wössingen, in neue Brandschutztüren und Fenster für die Schule im OT Jöhlingen oder die Sanierung der Wössinger-, Wald-, Weingartener-, Mozart-, und Langentalerstraße. Ebenso im Hochwasserschutz.
- Der Naturschutz als wichtiger Bestandteil unseres Leitbildes wird auch in 2025 nicht aus den Augen verloren. So hat die Grüngruppe des Baubetriebshofs ein Mehrjahreskonzept erarbeitet, um den Baumbestand in Walzbachtal zum einen zu erhöhen bzw. bestehende Grünflächen neu zu organisieren bzw. an die neuen klimatischen Verhältnisse anzupassen.

- Das Betreuungsangebot für unsere kleinsten Einwohner sei es nun KITA, Kernzeitbetreuung oder Hort, will der Gemeinderat auch weiterhin auf dem bereits hohen Niveau halten und die FDP/WBL-Fraktion möchte an diesem Punkt den Erzieherinnen und Erziehern für ihre großartige Arbeit danken. Konkrete Schritte am Oberlinhaus sollen im Jahr 2025 in die Vorplanung gehen.
- Auch die Jugendarbeit wollen wir weiter unterstützen, indem wir Vorschläge aus dem bereits oben erwähnten Jugendforum besprechen und versuchen werden mindestens einen Vorschlag, wenn möglich auch zwei oder drei, umzusetzen
- Dem Seniorenbeirat möchte ich im Namen meiner Fraktion für seine Arbeit danken.
- Die FDP/WBL-Fraktion möchte sich auch bei unseren ansässigen Arztpraxen für ihre Einsätze in 2024 bedanken.
- Ebenso möchten wir unseren Dank den Kameradinnen und Kameraden unserer Freiwilligen Feuerwehr aussprechen, die viele Einsätze wie zum Beispiel den Großbrand im Sommer in der Steinerstraße absolviert haben, oder nach dem Starkregenereignis in unserer Nachbargemeinde Gondelsheim zur Unterstützung der Helfer dort ausgerückt sind.
- Der Genussmarkt im Wechsel in Wössingen und Jöhlingen hat sich auch in 2024 weiterhin bewährt. Ebenso möchten wir als Gemeinde ab diesem Jahr alle 2 Jahre im Wechsel in Jöhlingen bzw. Wössingen ein Familienfest veranstalten.

Ein zentrales Anliegen bleibt für uns die Entwicklung und Bereitstellung von intelligent geplanten und bezahlbaren Wohnraumlösungen.

Es bedarf also weiterhin Engagement, um unser Walzbachtal auch in Zukunft für uns alle als einen schönen und attraktiven Wohnort und Lebensraum zu erhalten. Packen wir es gemeinsam an.

Natürlich möchten wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung und des Bau- und Wertstoffhof für ihre Arbeit danken.

Ebenso möchte sich die FDP/WBL-Fraktion bei allen Walzbachtaler Bürgern, die ein Ehrenamt bekleiden, für ihre geleistete Arbeit bedanken. Dies ist heutzutage leider immer noch keine Selbstverständlichkeit. In diesem Zuge möchten wir auch unseren Dank allen Bürgern Walzbachtals aussprechen, die sich ebenfalls bereit erklärt hatten den Gondelsheimern zu helfen, sei die Hilfe auch noch so klein gewesen. Dies beweist, dass Menschlichkeit immer noch funktioniert. Ein Dank wollen wir auch an den Wössinger Schuljahrgang 1949/1950 für ihre vielen Projekte, wie zum Beispiel das Denkmal zum 49. Breitengrad und des neu benannten Falltorplatzes aussprechen.

Auch den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats möchten wir für die immer faire Zusammenarbeit danken.

Die FDP/WBL-Fraktion stimmt dem Haushalt der Gemeinde und der beiden Eigenbetriebe für 2025 zu.